



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 30.08.2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Am Sonntag rettet die italienische Küstenwache 1100 Fliehende im Mittelmeer, am Montag bewahren staatliche und nicht-staatliche Rettungsorganisationen 6.500 Menschen vor dem Ertrinken. Insgesamt wurden in den letzten vier Tagen 10.000 Menschen gerettet. Die Flucht über das Mittelmeer ist inzwischen noch riskanter geworden, mehr Menschen sterben – in Zahlen: eine*r von 29. Schlepper würden inzwischen Boote auf längere Strecken schicken, allein das nun in Ägypten gestartet werde, zeige dies. Die nicht seetauglichen Boote werden zudem mit immer mehr Menschen besetzt. Außerdem schickten sie mehrere Boote gleichzeitig aufs Meer was die Rettung der Menschen erschwere. Die Grafik der *Zeit* auf Datenbasis der Internationalen Organisation für Migration zeigt, wie sich die Anzahl der Toten und Vermissten auf dem Mittelmeer im Vergleich zu den Vorjahren 2014 und 2015 erhöht.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/mittelmeer-fluechtlingsroute-europa-afrika> (25.08.16)
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/mittelmeer-italien-fluechtlinge-kuestenwache-rettung> (29.08.16)
- Erstmals seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien überschreiten türkische Gruppen die Grenze ins Nachbarland mit Unterstützung der US Air Force sowie der Freien Syrischen Armee (FSA). Offizielles Ziel ist es zunächst, die vom sogenannten „Islamischen Staat“ kontrollierte Stadt Dscharabulus im Norden Syriens einzunehmen. Gleichzeitig werde aber auch, gemeinsam mit der FSA, gegen kurdische Truppen der „Syrian Democratic Forces“ (SDF) vorgegangen die ebenso gegen den IS kämpfen. Die kurdischen Truppenteile befinden sich auf dem Rückzug. US-amerikanische Vertreter*innen kritisieren dies wiederum – die Türkei wie die SDF sind mit ihnen verbündet. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan führt offen aus, dass er keine Unterscheidung zwischen IS und in Syrien aktiven, kurdischen Milizen treffe und beide bekämpfe – genauso wie die Gülen-Bewegung und die PKK.
Die syrische Stadt Daraja ist indes von Truppen des Regimes Assads eingenommen worden, die Stadt war seit Ende 2012 belagert worden. Angesichts der humanitären Katastrophe hatten sich dem Regime widersetzende Gruppen zur Evakuierung der Stadt in Absprache mit dem Regime entschlossen.
Manbidsch, eine Stadt in Nordsyrien und bisher unter Herrschaft des sogenannten „Islamischen Staats“ wurde von den kurdisch geprägten SDF erobert. *SPON* berichtet von Diskriminierungen an Araber*innen in der Stadt durch die SDF, beispielsweise könnten

einige von ihnen nicht zu ihren jetzt beschlagnahmten Häusern zurückkehren. Zudem kam es zu Festnahmen von tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern des Monopolanspruchs der kurdischen Miliz YPG. Amnesty International berichtete bereits letztes Jahr von systematischen Vertreibungen von Menschen arabischer Herkunft und Zerstörungen ihrer Dörfer durch kurdische Truppen.

Zur Lage in Aleppo siehe die umfassende Analyse des *tagesspiegel*, aufgeführt in „Hintergrund und Meinung“.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/manbidsch-in-syrien-der-befreiungsschlag-hat-tuecken-a-1108776.html> (23.08.16)

<http://www.dw.com/de/t%C3%BCrkische-offensive-richtet-sich-gegen-die-kurdische-ypg-a-19502107> (25.08.16)

<https://www.tagesschau.de/ausland/syrien-tuerkei-kurden-103.html> (27.08.16)

http://www.deutschlandfunk.de/syrien-und-nordirak-tuerkei-greift-erneut-kurden-an.1818.de.html?dram:article_id=364414 (29.08.16)

- An der Südgrenze der USA werden immer mehr minderjährige Geflüchtete aus den Staaten Lateinamerikas aufgegriffen. In der ersten Hälfte dieses Jahres waren es bereits 26.000 Kinder, im selben Zeitraum des Vorjahres waren es noch 18.500.
http://www.deutschlandfunk.de/unicef-zahl-der-minderjaehrigen-fluechtlinge-an-us-grenze.447.de.html?drn:news_id=648229 (23.08.16)

Bund, Land, Kommune

- Mit dem in diesem Jahr verabschiedeten Integrationsgesetz kam auch die Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete. Bisher konnten sie Freizügigkeit im Bundesgebiet genießen, nun müssen sie im Landkreis beziehungsweise in der kreisfreien Stadt bleiben, der sie zugeteilt worden sind, zumindest solange sie Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch II beziehen. Diese Regelung gilt auch rückwirkend für alle ab dem 01. Januar 2016 anerkannten Geflüchteten. Dass das Grundrecht auf Freizügigkeit eingeschränkt wird, kritisiert nicht nur der SFR als ordnungspolitisches Kontrollinstrument von Menschen. Jurist*innen sehen die Wohnsitzauflage als Verstoß gegen die Verfassung an, gleichermaßen hatten das Bundesverwaltungsgericht sowie der Europäische Gerichtshof befunden. Sachsen möchte die Wohnsitzauflage verschärfen und die Geflüchteten in den Landkreisen zwangsansiedeln, in die sie nach ihrem Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen worden sind. Diese Regelung soll ab November greifen. Kommunen in den alten Bundesländern berufen sich auf den rückwirkenden Mechanismus des Integrationsgesetzes und schicken Geflüchtete unter anderem nach Sachsen zurück, die zuvor, da sie ja dachten, frei zu sein, zu Verwandten gezogen sind oder einfach dem grassierenden Alltagsrassismus in Sachsen entkommen wollten. In Gelsenkirchen und Bochum demonstrierten Betroffene.
<http://www.mdr.de/sachsen/wohnsitzauflage-fuer-erkannte-asylbewerber-in-sachsen-100.html> (27.08.16)
- Ein Überblick über die Vielzahl der Forderungen der vergangenen Tage. Zur Erinnerung: es ist Wahlkampf.
 - Obergrenzen – fordert SPD-Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Allerdings nicht etwa, weil das Asylrecht eine Obergrenze kenne, sondern die „Integrationsfähigkeit“. Er wendet sich damit offen gegen seine Chefin. Bundeskanzlerin Angela Merkel weist jegliche Kritik zurück, schließlich seien alle Beschlüsse gemeinsam in der Koalition getroffen worden.
<http://www.fr-online.de/politik/fluechtlinge-gabriel-fordert-obergrenze-fuer-fluechtlinge,1472596,34685380.html> (28.08.16)
 - Abschiebungen in Kriegsgebiete – fordert der bayerische Finanzminister Markus Söder. Bereits jetzt soll das Menschen mit afghanischer und irakischer Staatsbürgerschaft

betreffen. Menschen mit syrischem Pass sollen aber erst abgeschoben werden, wenn der Krieg dort vorbei und der Fluchtgrund somit nicht mehr gegeben sei. Söder fügt aber nicht hinzu, wann das denn der Fall sei und wann seine Forderung tatsächlich so etwas wie Relevanz gewinnen würde.

Kleine, jüngste Auswahl der in Afghanistan entfallenen Fluchtgründe in der Welt des Markus Söder: Vor zwei Tagen werden Gebiete im Osten des Landes durch die Taliban erobert, Gefechte mit Regierungstruppen. Anschlag auf die Amerikanische Universität in Kabul am Mittwoch vergangener Woche, mutmaßlich durch die Taliban. Anschlag des IS im Juli auf die Minderheit der schiitischen Hasara mit über 80 Toten und 231 Verletzten in Kabul. Aber - kein Krieg.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-08/afghanistan-terrorismus-kabul-anschlag-us-universitaet> (24.08.16)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-mehr-als-100-tote-und-verletzte-bei-is-anschlag-in-kabul-a-1104420.html> (23.07.16)

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/radikale-islamisten-auf-dem-vormarsch-taliban-erobern-bezirk-in-afghanistan/14463392.html> (27.08.16)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/syrien-markus-soeder-csu-fluechtlinge-integration-arbeitsmarkt> (27.08.16)

Die Auswahl für Irak: der IS sitzt im Irak. Sehr viele Staaten bombardieren ihn.

- Lager – fordert die sächsische AfD für geflüchtete Menschen ohne Ausweispapiere und vergisst erneut, dass interkontinentale Fluchten das Verschwinden, Versinken, Verlieren, Stehlen, Entnehmen von Dokumenten begünstigen. Außerdem möchte die AfD gern Lager.

<http://www.sz-online.de/sachsen/afd-will-fluechtlinge-ohne-pass-in-lager-stecken-3476927.html> (25.08.16)

- Am Beispiel einer Erstaufnahme in Hamburg zeigt sich, dass nach wie vor viele Geflüchtete dort leben obwohl sie die vorgeschriebene Maximalaufenthaltsdauer von sechs Monaten in den Einrichtungen längst überschritten haben. Außerdem offenbart der Artikel unhaltbare hygienische Zustände sowie aggressives Verhalten der Security-Mitarbeiter*innen.
<http://www.zeit.de/2016/35/fluechtlinge-hamburg-lebensbedingungen-fluechtlingsunterkuenfte-container> (23.08.16)
- Der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, rechnet in diesem Jahr mit weniger als 300.000 ankommenden Fliehenden.
<http://www.dw.com/de/bamf-chef-weise-erwartet-2016-weniger-als-300000-fl%C3%BCchtlinge/a-19508849> (28.08.16)
- Ein Bericht über die irakische Familie, die in Herrnhut in Sachsen Kirchenasyl gefunden hat. Die Familie muss auf dem Gemeindegelände verbleiben und das bis Januar nächsten Jahres. Dann läuft die sechs Monate währende Abschiebefrist aus.
<http://www.sz-online.de/sachsen/zuflucht-herrnhut-3473931.html> (23.08.16)

Hintergrund und Meinung

- Im *tagesspiegel* analysiert Christian Böhme die Lage der Menschen im Ostteil Aleppos sowie die widerstreitenden Interessen um die Stadt. Zunächst treffen in Aleppo alle Konfliktparteien von lokal bis international aufeinander. Als größte Stadt des Landes und ehemalige Handelsmetropole im ölreichen Norden sei sie zudem von strategischer Bedeutung. Die Konfliktlinie „Regime“ gegen „Aufständische“ sei dabei oftmals Makulatur, Bündnisse würden so oft geschlossen wie aufgekündigt werden. Die Folge seien mangelndes Trinkwasser, Lebensmittel, Medikamente und ärztliche Hilfe, zudem werden medizinische Einrichtungen beschossen. Die von Russland versprochene 48-stündige Feuerpause pro Woche werde bisher nicht umgesetzt. Doch selbst wenn diese in Kraft träte, würden kaum Menschen aus der Stadt fliehen, die umliegenden Gebiete böten kaum

Schutz. Inzwischen ist eine Luftbrücke im Gespräch, diese werde bisher aber nicht von offizieller Seite der USA und ihren europäischen Verbündeten als Option erachtet, sie müsste militärisch durchgesetzt werden. Viel mehr sei eine wirkliche Waffenruhe das einzige, was wirklich helfen würde.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/krieg-in-syrien-aleppo-die-stadt-des-horrors/14457100.html>
(26.08.16)

- Den Schlagabtausch zwischen Merkel und Gabriel kommentiert Marcel Fürstenau in der *Deutschen Welle* als vorgezogenen Wahlkampf der lediglich der AfD nütze.
<http://www.dw.com/de/kommentar-merkel-gabriel-erm%C3%BCdend/a-19509805>
(28.08.16)
- Die Debatte um die Rücknahme der doppelten Staatsbürgerschaft sei absurd denn sie verknüpfe Staatszugehörigkeit und politische Gesinnung. Dies habe aber keine Rolle für einen liberalen Rechtsstaat zu spielen, schreibt Nils Witte im *MiGAZIN*. Alles andere sei ein Gesinnungstest. Zudem zeige die Debatte, die sich in erster Linie um die „Loyalität“ von Menschen mit deutscher wie türkischer Staatsbürgerschaft, dass rassistische Motive der Debatte zu Grunde liegen. Schließlich werde auch nicht die Loyalität von EU-Bürger*innen oder von Menschen aus den USA oder Australien mit ebenso deutscher Staatsbürgerschaft diskutiert. Diese Debatte signalisiere den Menschen, über deren Köpfe sie geführt wird, Skepsis und Misstrauen und zeige ihnen, dass sie nicht gewollt sind.
<http://www.migazin.de/2016/08/11/erdogan-doppelpass-ueber-loyalitaet-deutsch/>
(11.08.16)
- Der republikanische Kandidat für die Präsidentschaft der USA, Donald Trump, fordert, dass auch diejenigen, die Kraft Verfassungsrecht durch Geburt auf dem Territorium der USA die amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten haben, seiner Ansicht nach aber Kinder „illegal eingereister“ Eltern sind, wieder ausgewiesen werden. Josef Braml analysiert in der *NZZ*, dass konservative Politiker*innen und Medien, aber auch Wissenschaftler*innen wie Samuel Huntington, mit dem von ihnen aufgeworfenen „Who are we?“ die Frage nach der Identität der Vereinigten Staaten überstrapaziert hätten und so die Angst vor dem Verlust der eigenen – das heißt der weißen - Identität geschürt hätten. Demographisch führe aber kein Weg an schwarzen wie hispanischen Wähler*innengruppen vorbei, bereits sei jetzt sei ihre Hebelwirkung durch das amerikanische Mehrheitswahlrecht in einigen hart umkämpften Bundesstaaten enorm.
<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/wahlen-in-den-usa-trumps-nationalismus-ld.113093> (26.08.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**